

**Annahme-Direktheit.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
Wilhelmstr. 17  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestrasse 14.  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streissand,  
in Merseburg bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Mr. 419.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 17. Juni.

Unter 20 Pf. die schriftgestaltete Petition oder deren Raum, welche verhältnismäßig höher sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

## Amtliches.

Berlin, 16. Juni. Der König hat dem Rittergutsbesitzer von Ihnen auf Eriegen im Kreise Stendal die Kammerherrn-Würde verliehen, den bisherigen Geheimen Ober-Rechnungs-Rath Messerschmidt zum Direktor bei der Ober-Rechnungskammer, sowie den Staatsanwalt Henry und die Gerichts-Abesseure Dr. Marcuse, Dr. Gluck, Hermann, Stoßel und Matthee zu Amtsrichtern ernannt.

Der Departements-Thierarzt Holzendorf in Kassel ist zum Veterinär-Abesseur bei dem Medizinal-Kollegium der Provinz Hessen-Nassau und der ordentliche Lehrer Hieronymus an der Ober-Realschule zu Gleim zum Oberlehrer ernannt worden.

Der Rechtsanwalt Kert zu Gerdauen ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Königsberg i. Pr. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gerdauen, und der Rechtsanwalt Burchard in Stendal zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Naumburg a. S. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Stendal ernannt worden.

Dem Gutsbesitzer und Gemeindevertreter Ernst Meyer zu Thauer, Kreis Breslau, sowie dem Bauergründer Bannert zu Katzbach, Kreis Leobschütz, und dem Gasthofbesitzer Brauner zu Mähringasse, Kreis Neisse, ist die in Silber ausgeprägte Gestüt-Medaille verliehen worden.

## Deutscher Reichstag.

20. Sitzung.

Berlin, 16. Juni. 11 Uhr. Am Tische des Bundesrates von Bötticher, Scholz u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung des Antrages des Bundesrates wegen anderweitiger Beschlussnahme über die Zolltarifnovelle. Bekanntlich hat sich in die Redaktion derselben ein Fehler eingeschlichen, indem eine Position 7a (Abstifter, zollfrei) angenommen wurde, während die darauf folgenden Positionen b bis c nicht genehmigt wurden; diese Inkorrektheit soll bestätigt werden.

Präsident v. Levetzow hält die Erledigung dieser Vorlage in ehemaliger Lesung für zulässig, die Zustimmung des Bundesrates zu diesem Verfahren vorausgesetzt.

Abg. Richter: Wir wollen diesem Vorschlag weder formelle noch materielle Schwierigkeiten bereiten und uns nur dagegen verwahren, daß aus dieser abgekürzten Behandlung ein Präzedenzfall hergeleitet werde.

Abg. Windthorst erklärt sich mit der Vorlage einverstanden und hofft, daß im Interesse namentlich des Mühlengewerbes kein Widerspruch gegen die ammende Berathung erhoben werde.

Abg. v. Minnigerode erkennt an, daß diese Art der Behandlung eine ungewöhnliche sei und kein Präzedenz für künftige Fälle bilden könne.

Abg. Richter konstatiert, daß in Zukunft solche Vorlagen drei Lesungen passiren müssen, worauf die vorliegende ohne Debatte genehmigt wird.

Darauf folgt die Berathung des Antrages wegen Beratung des Reichstages vom 19. Juni bis 30. November.

Staatssekretär v. Bötticher: Die verbindlichen Regierungen hätten es sehr gern gesehen, wenn es möglich gewesen wäre, die wichtigen Vorlagen, welche außer dem Tabakmonopol Ihnen im Laufe der Session zugegangen sind, wenigstens zum Theil zur Erledigung zu bringen. Allein Sie haben sich davon überzeugen müssen, daß von einer ununterbrochenen Fortsetzung der Berathungen zur Zeit ein Erfolg nicht zu erwarten ist. Da nach der Neuherierung des Herrn Präsidenten nicht zu erwarten ist, daß noch im Laufe dieses Monats dieser Vorlagen zur Berathung im Plenum fertig zu stellen sein wird und da es nicht mehr möglich sein wird, im nächsten Monat noch das Haus auf längere Zeit in beschlußfähiger Anzahl zusammenzuhalten, so hat sich die Regierung mit Zustimmung Sr. Majestät des Kaisers für eine Unterbrechung der Berathungen entschieden. Sie ist nicht dazu übergegangen, Sr. Majestät den Schluss der Sitzung anzurufen, weil sie es nicht über sich gewinnen konnte, die wertvollen Vorarbeiten der Kommission verloren seien zu lassen. Sie hat sich vielmehr für eine Beratung entschieden und wünscht, daß Sie nach Ablauf derselben mit frischen Kräften an die Berathung der Gesetzesentwürfe herantreten. Der Termin ist so gewählt, daß wir die Gewißheit oder wenigstens die hohe Wahrscheinlichkeit haben könnten, dann ein recht beschlußfähiges Haus vor uns zu sehen. Ich empfehle Ihnen demnach den Antrag der Regierung zur Annahme. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bamberger: Ich acceptiere es als ein gutes Omen für die nächste Sitzung, daß ich mich am Schlusse der gegenwärtigen mit der Neuherierung des Herrn Regierungsvertreters im Großen und Ganzen einverstanden erklären kann und daß wir uns zum Schlus in einem gewissen Punkte mit unseren Ansichten begegnen. Aber leicht dürfen wir es mit diesem völlig neuen Verfahren, das seit dem Beenden des Reichstages ohne Vorgang ist, nicht nehmen. Allerdings ist die Sache in der Verfassung vorgesehen und bedingt nicht ein Heraustreten aus derselben, gleichwohl muß immer noch erwogen werden, ob namentlich in der gegenwärtigen Lage unserer Verfassungs- und Geschäftszustände, ob wir in irgend etwas von den bestehenden Regeln, eben es auch nur Regeln des Verfahrens, abweichen dürfen. Auch wenn wir uns dem Ansinnen der Regierung anbequemen, müssen wir doch das Verfahren als ein durchaus exceptionelles bezeichnen, das möglichst selten zur Anwendung kommen darf, da es, ohne aus der Verfassung herauszugehen, doch eine in ihrer Tragweite zur Zeit nicht überlehbare Umgestaltung der Dinge mit sich führen kann. Daneben erkenne ich gern an, daß die Kontinuität unserer Arbeiten bei der Geschäftslage, die wir zurückschaffen, wünschenswerth ist. Wir haben es mit sehr bedeutenden Gesetzen zu thun, deren Durchführung von der Regierung und einem großen Theil des Hauses gewünscht wird, denen aber auch eine sehr lebhafte Gegnerchaft gegenübersteht, die sie nicht dilatorisch behandeln, sondern ihre Argumente gründlich erwogen haben will. Voraus stimme ich mit meinen Freunden der Maßregel der Beratung bei. Zugleich darf ich wohl bei diesem Anlaß gegen eine mich betreffende Neuherierung des Herrn Abgeordneten von Bennigsen in seiner geistigen Rede Bewahrung einlegen, die, wie man auch darüber urtheile, mit großer Autorität versehen durch ganz Deutschland geben wird. Er hat meine Ansicht in der wichtigsten Frage, der sozialpolitischen, durchaus falsch aufgefaßt. Er will von mir wesentlich darin abweichen, daß er nicht glaubt, wir hätten es hier mit einer Bewegung

zu thun, die nur durch Agitation hervorgerufen und unterhalten wird. Wenn er, der mir gewiß weniger als irgendemand zu nahe treten will, sich diesen Ausspruch ruhig überlegt, so bin ich fest überzeugt, daß er ihn selbst amenden und mir nicht eine so geringe, so kleine Ausfassung der Dinge zutrauen wird, eine so weltbewegende Frage und Bestrebung, wie die ist, mit der wir es bei diesen sozialen Gesetzen zu thun haben, für das Produkt blos zufälliger, agitatorischer und revolutionärer Bestrebungen zu halten. (Kluse rechts: zur Sache!) Ich glaube, daß ich es Herrn v. Bennigsen schuldig war, ihm Gelegenheit zu geben, ein so zu Mißverständnissen Anlaß gebendes Urtheil über einen Kollegen, der, wie er doch weiß, sich mit diesen Dingen nicht seit gestern beschäftigt, zu berichtigen, während ich ihm für seine Zustimmung zu meiner Ansicht von dem Friedens- und Ruhebedürfnis der deutschen Nation nur sehr dankbar sein kann. Zur Sache selbst kann ich nicht oft genug wiederholen, daß in Bezug auf die sozialpolitischen Vorlagen nicht der Fall vorliegt, wo eine Materie mit allseitigem Einverständnis behandelt wird und daher ihre Austragung im Einzelfall ruhig einer Kommission überlassen werden kann. Eine Art Permanentkommission, wie seiner Zeit bei den Justizgesetzen, kann hier nicht in Frage stehen. Die Kontinuierung der bestehenden Kommissionen mit ihren Vorarbeiten regt die Frage an, ob sie fortzudauern und arbeiten sollen, wenn sie außer Fühlung mit der Totalität des Hauses sind und ob das nicht ein gegen den Geist unseres ganzen Verfahrens begangener Fehler wäre. Wenn sonst Vorlagen, deren Grundprinzip bereits allgemein acceptirt ist, in Einzelheiten, mit denen das Plenum sich nicht befassen kann, amendirt aus der Kommission zurückkommen, so sind wir eigentlich moralisch halb und halb engagiert, sie en bloc anzunehmen. Davon kann in diesem Fall nicht die Rede sein: es ist und bleibt eine Kommission wie jede andere, nur daß sie berechtigt ist mit allen Mitgliedern an ihren Vorarbeiten fortzuarbeiten, wenn wir wieder zusammenkommen. Die Sache ist einfach, nur scheint mir diese Interpretation nothwendig.

Staatssekretär v. Bötticher: Es ist lediglich Sache des Herrn Vorsitzenden der Kommission, zu bestimmen, wann ihre nächste Sitzung stattzufinden hat. Die Regierung wird in dieser Beziehung keine Forderung stellen, am allerwenigsten in der Zwischenzeit während der Beratung. Herr Bamberger hat in dem Vorschlage der Regierung ein Abweichen von den bestehenden Regeln erblidt und die Maßregel als eine exceptionelle bezeichnet. An dieser Ausführung ist weiter nichts richtig, als daß dem Reichstage bisher eine Vorlage auf Erhebung der Zustimmung zu seiner Beratung nicht gemacht ist. An sich ist die Maßregel keine exceptionelle, vielmehr in der Verfassung vorgesehen. Danach steht Seiner Majestät das Recht zu, den Reichstag zu vertagen, und nur wenn diese Beratung länger als dreißig Tage dauert, ist die Zustimmung des Reichstages erforderlich. Sollte aber in den Worten des Herrn Bamberger vielleicht der Gedanke einen Ausdruck gefunden haben, daß die Regierung eigentlich wieder die Meinung hat exceptionelle Maßregeln zu ergreifen, so habe ich dagegen zu bemerken, daß sie mit diesem Vorschlage dem Hause gerade einen Gefallen thun wollte. Wir können auch im Sommer sitzen, wenn Sie sitzen wollen. Wir werden so lange sitzen, so lange unsere Kräfte reichen, und die reichen noch ein ganzes Stück.

Abg. Richter: Es handelt sich um die Frage, ob Schluss oder Beratung erfolgen solle. Die Herren Minister können die parlementarische Thätigkeit, die ihren Beruf bildet, eher fortsetzen a's vor, die wir zum großen Theil einen anderweitigen Beruf haben; auch verfügen wir nicht über eine Anzahl von Geheimräthen zu unserer Unterstützung und Erleichterung. Meine Freunde können sich dieser Beratung nicht anschließen. Es wird so dargestellt, als ob die Regierungsvorlagen aus irgend welchen äußeren Gründen, aus irgend welchen Formen der Geschäftsbehandlung so schwer zu Stande kommen. Nein, die Hindernisse liegen darin, daß die Regierung diese Vorlagen ohne jede Rücksicht auf die Sitzung der Reichstage ausarbeiten, das das Wesen dieser Vorlagen im Widerspruch steht mit dem, was die Mehrheit im Hause will. Die Beratung wird das baldige Zustandekommen der sozialpolitischen Vorlagen verhindern. Wenn wir uns vertagen, so ändert sich in den nächsten 5 Monaten absolut nichts. Statt dessen sollte die Regierung unter Benutzung der bisherigen Verhandlungen das Krankenfassengesetz umarbeiten und uns so in der nächsten Session wieder vorlegen. Noch nothwendiger ist beim Unfallversicherungsgesetz die Ausscheidung alles dessen, wofür doch keine Mehrheit im Hause zu erlangen ist. So freilich hat die Regierung in diesen fünf Monaten keine Veranlassung, sich mit dieser Materie weiter zu beschäftigen. Das ist der Schaden in Bezug auf die sozialpolitischen Vorlagen. Wenn Sie die Identität der Kommission wünschen, dann können die Parteien ja ihre Mitglieder auch in der nächsten Session wiederwählen, es müßte dann nur nochmals eine erste Lesung im Plenum stattfinden und das würde ich für sehr nützlich halten, gerade im Interesse einer Vereinbarung. Das Krankenfassengesetz hat in der ersten Lesung nicht die gebührende Beachtung gesunden, theils wegen der Verbindung mit dem Unfallversicherungsgesetz, theils wegen der Aussicht auf die bevorstehende längere Beratung. Eine Kommission muß nicht nur arbeiten, sondern auch in richtiger Fühlung mit der Sitzung des Plenums arbeiten, und damit dies geschehe, ist es sehr nützlich, wenn eine Plenarberatung über das Krankenfassengesetz vorbereitet. Auch fangen ja die heiligsten Kreise jetzt erst an, sich mit der Krankenfassenvorlage wesentlich zu beschäftigen. Ich glaube im Namen des Herrn Abg. Bamberger versichern zu können, daß er keineswegs behauptet hat, es lägen gemäß exceptionelle Maßregeln vor, in denen man politische Schachzüge und Angriffe auf den Parlementarismus erkennen könne. Es ist einfach ein ungewöhnlicher Vorgang, der aber, weil er im Interesse des Reichstags liegt, in der Verfassung vorgesehen ist. Der Herr Staatsminister v. Bötticher meinte, daß die Kommission in der Zwischenzeit tagen könne. Ich bestreite dies; eine Beratung der Plenarberatungen bedeutet eine Beratung der ganzen Thätigkeit; die Beschlüsse einer Kommission in der Zwischenzeit würden nichtig sein. Der Herr Minister v. Bötticher hält mit Recht den 30. November für den Termin, wo auf eine zahlreiche Präsenz gerechnet werden könnte. Es scheint also, daß er nicht der Ansicht ist, als ob vom 30. November nur formelle Sitzungen stattfinden sollen, sondern daß wir die Etatsvorlagen bekommen und in diese eintreten werden. Ich habe nur eine Erfahrung in dieser Beziehung aus dem preußischen Landtag von 1872; die damalige Beratung fand im Interesse des Zustandekommens der Kreisordnung statt und sie war veranlaßt durch die Haltung des Herrenhauses. Ich habe von damals keinen besonders günstigen Eindruck zu-

rückgehalten; es wird auch durch eine solche Beratung die frische Initiative des Parlaments selbst eingeschränkt. Ich sehe also sachlich — für politisch halte ich die Maßregel überhaupt nicht — keine ausreichenden Gründe, um eine solche Maßregel rechtfertigen zu können. Sollte aber die Majorität des Hauses dem Antrage zustimmen, so vermahe ich mich mit dem Abgeordneten Bamberger dagegen, daß dies etwa als ein Präzedenz angegeben werde. Ich halte dies für das wichtigste, einer solchen Aenderung im parlamentarischen Leben entgegenzutreten, namentlich wenn die Motive nicht ausreichend sind, eine Beratung zu rechtfertigen.

Abg. Windthorst: Ich bin der Regierung für ihren Vorschlag sehr dankbar, weil er den Abschluß des Krankenfassengesetzes ermöglicht. Die vorgeschlagene Maßregel ist selbstverständlich eine ausnahmsweise, welche durch die Bedeutung der uns beschäftigenden Aufgaben bedingt ist. Was das Tagen der Kommission in der Zwischenzeit betrifft, so wird, glaube ich, der Vorsitzende kaum in der Lage sein eine Sitzung anzuberaumen oder zu Stande zu bringen. Wenn die Kommissionen wollten, so könnten sie allerdings fortarbeiten. Ich glaube, daß nach dem Zusammentritt des Reichstages eine Pause eintreten wird, wo diese anderen Kommissionen als Zwischenkommissionen werden arbeiten können. Wir werden nach Hause gehen und die gerührte Fühlung mit der Totalität des Hauses wird doch nicht vorhanden sein.

Abg. Lascher: Wenn ich für den Vorschlag der Regierung stimme, so will ich damit nicht die Garantie übernehmen für das Zustandekommen dieser Gesetze. Ich möchte aber die Gelegenheit geben, daß ein so eminent praktisches Gesetz wie das Krankenfassengesetz gründlich berathen werde. Es scheint mir juristisch unzweifelhaft, daß die Abtheilungen und Kommissionen in der Zwischenzeit fortzuhirten berechtigt sind. Die Immunitäten des Hauses bleiben während dieser Zeit bestehen, ebenso sind die einzelnen Mitglieder berechtigt zusammenzukommen, ohne dem Vereinsgesetz zu unterliegen, es bleibt der Schutz gegen die Verfolgarbeit der Abgeordneten, weil der Reichstag vorhanden ist und nur nicht in aktiver Wirklichkeit hinsichtlich der Plenarsitzungen. Bedauern muß ich, daß die Bemerkung des Abg. Bamberger hinsichtlich der ausnahmsweise Behandlung dieser Sache von Seiten des Vertreters der Regierung eine so schroffe Auslegung erfahren hat. Ich höre die Mitglieder der Regierung gestellt sind, um so weniger müssen sie bestrebt sein, den Gegensatz zwischen Regierung und Reichstag zu verschärfen.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Herr Abg. Lascher kennt mich doch genug, um zu wissen, daß es mein Bestreben unmöglich sein kann, eine Verhärfung der Gegenseite herbeizuführen. Wenn meine Worte gegen Herrn Bamberger vielleicht etwas erregt waren, obwohl ich mir dessen nicht bewußt bin, so wollen Sie dies auf das Konto, welches er mir anlegte. Er hat neulich in seiner Ausführung gegen den Herrn Reichskanzler gemeint, der Herr Reichskanzler habe sich mit Leuten umgeben, welche ihm den Blick in die Verhältnisse des Volkes und des Landes trübten, und er hat das in einer Weise gejagt, daß nicht bloss bei mir, sondern auch bei vielen, die ihn gehört haben, der Eindruck geworden ist, als ob er meinte, daß wir Schwachläufe oder böswillig sind. Uebrigens bin ich überzeugt, daß Herr Bamberger es gar nicht so schlimm meinte, es ist ja verzeihlich, wenn er auch einmal über die Schnur haupts und mehr ins Zeug geht, als es nothwendig ist. Er hat ja auch keine Wahrnehmung darüber, wie sich das Verhältnis zum Reichskanzler gefaltet. Der vorgebrachte Vorgang würde mich auch gar nicht dazu geführt haben, heute diese Bemerkung zu machen, wenn nicht die heutigen Ausführungen des Abgeordneten Bamberger mir dazu den Impuls gegeben hätten. Ich weiß nicht, weshalb Herr Bamberger, der gar keinen formalen Protest gegen den Vorschlag erhoben hat, diesen nun als eine so unheimliche Maßregel hinstellte. Die Verfassungsmäßigkeit des Vorschlags kann doch keiner bestreiten. Entweder war die Erklärung eine überflüssige, oder darauf gerichtet, uns eine Menge zu stellen, und dann können Sie sich nicht wundern, daß wir sie abwehrten. (Beifall rechts.)

Abg. v. Minnigerode: Auch meine Freunde werden aus der Sitzung heraus für den Beratungsvorschlag der Reichsregierung stimmen. Die hier auszuprägende Beratung ist allerdings auch für das Tagen der Kommissionen maßgebend, denn wir haben es nicht mit einer gewöhnlichen Beratung zu thun, es ist nicht eine Beratung des Plenums, sondern des Reichstags. Auch ich habe die lebhaften Verwahrungen des Abgeordneten Bamberger gegen den ganzen Vorgang sachlich nicht recht aufsehen können. Der Vorgang ist ganz verfassungsmäßig. Wenn wir den Vorschlag der Regierung ablehnen möchten, so würde die Konsequenz ein ununterbrochenes Tagen des Hauses sein und wenn der Abgeordnete Richter dem Gedanken der Vorlage sich so wenig geneigt zeigt, so erklärt sich das vielleicht daraus, daß dieser ganze Gedanke ihm erst spät zugänglich geworden ist.

Abg. Dr. Bamberger: Ich stimme mit allen der Vorlage günstig gelungenen Herren durchaus überein, finde die Verfassung vollständig gewahrt und verlange nur, daß man sich den ersten Fall, wo man so prädict, wohl überlegt. Die Art der Antwort des Herrn Staatssekretärs kann ich mir nur physikalisch erklären, es scheint auf jenen Bänken aus den letzten Sitzungen noch etwas Elektrizität zurückgeblieben zu sein, das sich sofort entlädt, sobald man von hier aus nach drüben zu sprechen anfängt. In diesem Fall hat er noch Grund zu einer gewissen Irritation wegen einer früheren Neuherierung von mir gehabt und man kann irritirt sein, daß einem die Ohren brausen und nicht hört, was Andere sagen. Ich glaube ihm auch nicht einmal einen Vorwand gegeben zu haben, so erregt gegen mich zu sprechen. Aber es ist recht gut, daß die Herren auch einmal erfahren, wie es thut, wenn man sich durch ungerechte Angriffe peinlich berührt fühlt, und sich in ein falsches Licht gestellt sieht. (Zustimmung links.)

Die Beratung wird genehmigt; dagegen stimmen nur einige Mitglieder der Fortschrittspartei.

Es folgt die Interpellation des Abg. Grillenberger: „Gefiehlt es im Aufräder der Reichsregierung oder der preußischen Regierung, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages sowie mit ihnen verfeindete Personen durch geheime Agenten der Berliner Polizei in der zudringlichsten Weise auf Schritt und Tritt verfolgt und überwacht werden? Und was gedenkt die Reichsregierung zu thun, um die Würde des Reichstages und die betreffenden Mitglieder des Hauses gegen diese Behandlung zu schützen?“

Abg. Grillenberger: Die Beaufsichtigung der Reichstagsabgeordneten durch Beamte der Berliner Polizei hat mehrfach Aufsehen erregt und es liegt uns daran, daß sich bei der gegenwärtigen Beiprechung auch Abgeordnete der anderen Fraktionen über diese Angelegenheit äußern. Die Thatsachen, die ich anzuführen habe, sind

geradezu haarschäubender Natur und ich bedauere einen Staat, der solche Maßregeln nötig hat. Das Sozialistengesetz und der kleine Belagerungszustand hat ja allerdings der Polizei weitgehende Befugnisse gegeben, aber das es zu den Alltäglichkeiten gehört, wenn Leute wegen Verdachtes sozialistischer Gesinnungen zur Polizei sistirt werden und sich dort bis auf die Haut entkleiden müssen, das hat doch wohl Niemand bei Erlass des Sozialistengesetzes erwartet. In Nürnberg ist es vorgekommen, daß eine Frau sich auf der Polizei bis auf's Hemd entkleiden, ihr Haar auslösen und sich einer Körpersichtung unterwerfen mußte; der Magistrat hat gegen dieses Verfahren nichts einzuwenden gehabt. Hier in Berlin werden die Abgeordneten in der Weise überwacht, daß schon Morgens um 6 Uhr sich ein Polizei-Spitzel vor der Wohnung des Abgeordneten postiert und nur denjenigen verfolgt, auf jedem Gange, sei es ins Wirthshaus, sei es ins Parlament. Begeben wir uns in ein Restaurant, so umschwärmen die Vigilanten das Lokal, blicken durch die Fenster, kommen auch wohl in das Lokal, so daß der Wirth, der sich durch solches Treiben genötigt fühlt, uns bitten, unseren Besuch freudlichst zu unterlassen. Nicht selten sehen sich in den Lokalen Leute zu uns, die uns ihre Gesellschaft in geradezu unverschämter Weise aufdrängen und da es für den Fremden einigermaßen schwierig ist, sich über die gemeingeschäftlichen Gesichter und die verdächtigen Physiognomien zu orientieren, so erkennt man erst später, daß diese Leute Polizei-Vigilanten waren. Steigen wir in einer Droschke, so folgen sie uns in einer zweiten und wir sind auf dem ganzen Droschkenhalteplatz als von der Polizei verfolgte Personen gekennzeichnet. Noch schlimmer ist es auf der Pferdebahn, wo diese Beamten gegen Vorgabeigung ihrer Erfahrungskarte freie Fahrt haben; alle anwesenden Fahrgäste aber wissen dann, daß es sich um eine polizeiliche Beobachtung handelt. So ist mir von einem mir fremden Herrn ein Schreiben zugegangen, worin er mittheilt, wie er die Art der Beobachtung der Abgeordneten beobachtet und Liebknecht durch Geheimpolizisten auf der Pferdebahn hier am Halleischen Thore mit angesehen habe, die so sonderbar war, daß sie allgemein auffallen mußte. Ich möchte mir an Herrn von Bötticher die Frage erlauben, was mit dieser Art der Beobachtung eigentlich bezweckt wird? Ein Polizeikommissar, mit dem ich hier dienstlich zu thun hatte, teilte mir auf meine Frage mit, er könne sich nicht denken, daß die Beamten instruit seien, so zu handeln; aber es liege ihnen vielleicht daran, herauszubekommen, welche der sozialistischen Agitatoren mit uns am meisten verkehren, und das sände er von seinem Standpunkte aus sehr erklärlich. In welche Lage ein sozialistischer Abgeordneter kommt, wenn er hier in Berlin einen Bekannten besucht, einen Jugendfreund oder einen Geschäftskollegen, und in welche üble Lage dadurch diese Bekannten gerathen können, daß kann man sich vorstellen. Es ist vorgekommen, daß ein Bekannter, den einer meiner Gesinnungsgenossen — der Abgeordnete Frohme — auf der Straße begrüßt, zur Polizeiwache sistirt und dort gefragt wurde, was er mit dem Abg. Frohme zu thun habe und wie er dazu komme, sich, wie aus einem Briefe hervor geht, mit Frohme zu duzen (Heiterkeit). Das sind natürlich die Folgen des Sozialistengesetzes. Es ist eine Thorheit, wenn die Polizei glaubt, sie könne dadurch unseren Verkehr mit den Gesinnungsgenossen verhindern; wollen wir die Vigilanten „versegen“, so finden wir dazu fortwährend Gelegenheit, und wollen wir mit Gesinnungsgenossen unbeaufsichtigt verkehren, so brauchen wir sie nur in das Reichstagsgebäude kommen zu lassen. Einzelnen unserer Gesinnungsgenossen sind als Belohnung für Spionage von solchen Vigilanten beträchtliche Geldsummen, darunter in einem Falle 500 Mark geboten worden. Aus eigenen Mitteln können diese Spiegel dieses Geld nicht geben, es müssen also Gelder der Behörde sein, über die sie verfügen. Rämentlich boten sie solche Belohnungen dafür, wenn ihnen die Gelegenheit gegeben würde, etwas über unseren Verkehr mit Parteigenossen zu erfahren. Ich sollte meinen, daß es nicht nötig wäre, solche Menschen zu beschäftigen, die unserem Herrgott den Tag abstellen und in solcher Weise Unzug verüben. Vor einigen Tagen hatten wir uns entschlossen, daß sich mehrere meiner Gesinnungsgenossen vereinigen, um gemeinsam gegen ihre immerwährenden Verfolger vorzugehen. Wir möchten ja gern einen derselben als corpus delicti auf den Tisch des Hauses niederlegen. (Heiterkeit.) Aber als sie merkten, daß wir beabsichtigten mit ihnen deutlicher zu verkehren, da rissen sie aus wie Schaleder. (Große Heiterkeit.) M. H.! Wir haben Ihnen diese Thatsachen vorgetragen, um damit die Frage an Sie zu richten, ob Sie dulden wollen, daß die Würde des Reichstages in dieser unerhörten Weise mit Füßen getreten werde. (Beifall links.)

Staatsminister v. Bötticher: Auf die Frage des Vorredners erwiedere ich, daß die Reichsregierung keinerlei Anordnungen zur Überwachung der sozialdemokratischen Abgeordneten getroffen hat, ob die preußische Regierung solche Anordnungen getroffen hat, darüber ist der Reichsregierung nichts bekannt geworden und ich kann nicht annehmen, daß solche Anordnungen getroffen sind. Es ist der Regierung unmöglich gewesen, sich über die Angelegenheit schlüssig zu machen, da bestimmte Thatsachen nicht zu ihrer Kenntnis gebracht sind, und ein Beschluss erst gefaßt werden kann, wenn solche Thatsachen klar gestellt sind. Ich kann dem Herrn Vorredner nur den Rath geben, er möge doch die Personen feststellen suchen, nötigenfalls durch Inanspruchnahme behördlicher Hilfe, und ich zweifle nicht, daß die vorgesetzten Behörden und Beamten solcher Personen ihre Entscheidungen so treffen werden, daß die Herren vor weiteren Verlängerungen geschützt bleiben.

Auf den Antrag des Abg. Lassler wird in eine Besprechung der Interpellation eingetragen.

Abg. Lassler: Ich habe mich persönlich überzeugt von den Befestigungen, denen die sozialistischen Abgeordneten ausgesetzt sind, und auch von einem mir befreundeten Herrn ist mir mitgetheilt worden, daß diese Art der Überwachung, das Herumziehen der Vigilanten auf den Trottoirs vor dem Reichstagsgebäude auffällig sei und Mißfallen erregte. Dieses Verfahren hat etwas geradezu Schimpfliches und ich hoffe, daß man dies auf seiner Seite des Hauses billigen wird. Schon die Kollegenschaft der so Beaufsichtigten muß ein solches Verfahren rügungswert erscheinen lassen. Es wird keines der Mitglieder dieses Hauses Bedenken tragen, bei irgend einer Gelegenheit die Unterstüzung der sozialistischen Abgeordneten nachzujuichen, wo ihm diese möglich und zweckmäßig erscheint, und ich glaube, daß dies selbst der Herr Herzog von Ratibor thun würde. Das Gefühl des Anstandes aber muß uns abhalten, zu billigen, daß auf solche Weise die Freiheit der Bewegung beeinträchtigt wird; eine solche Begleitung aber auf Schritt und Tritt ist eine Herausforderung der persönlichen Freiheit, und ich möchte fast glauben, daß Demand wegen eines solchen Verfahrens vor den Richter gestellt werden kann. Die Antwort des Herrn von Bötticher ist nicht erschöpfend. Sein Rath könnte, wenn er besorgt wird, leicht dazu führen, daß die Herren Abge. in eine tückige Strafenprügelei verwickelt werden. Viel einfacher wäre die Sache gewesen, wenn der Kollege des Herrn Grillenberger, der Herr Abgeordnete v. Puttkamer, erklärt hätte, er wünsche eine solche Behandlung seiner Kollegen nicht, und man darf wohl soviel Zutrauen zu dem guten Geschmack des Herrn v. Madai haben, daß dann diese Art der Überwachung aufhören würde. Ich kann an die Reichsregierung nur die Bitte richten, dem gegenwärtigen Zustande ein Ende zu machen.

Abg. Günther (Berlin): Auch ich bin der Meinung, daß dem gegenwärtigen Zustande ein Ende gemacht werden muß, und zwar nötigenfalls durch ganz energische Maßregeln. Der frühere Abg. Fritzsche hat mir oft erzählt, welche ungangreichen Vorkehrungen zum Zwecke der Überwachung getroffen werden; so hatte z. B. ein Vigilant Kontrakte abgeschlossen mit einer ganzen Reihe von Droschkenfuchtern. Auch die Nürnberger Polizei ist in ihren Maßregeln sehr ungleich verfahren und hat das Gegenteil ihrer Absichten erreicht. Auf allen Seiten des Hauses ist man wohl darüber einig, daß bei Erlass des Sozialistengesetzes Niemand etwas derartiges voraussehen konnte. Bei einer loyalen Handhabung dieses, von meinen Freunden nicht gebilligten Gesetzes, würden wir heute nicht nötig haben, uns mit dieser uns

vor ganz Europa kompromittirenden Angelegenheit zu beschäftigen. Auffällig ist es auch, warum Herr v. Bötticher nicht erst mit Herrn v. Puttkamer Rücksprache hielt. Wenn die Beamten nicht glaubten, höheren Ortes Rückhalt zu finden, so ließe sich so etwas gar nicht erklären. Wir wollen die Angelegenheit jedenfalls im Auge behalten. Die Indemnität der Abgeordneten muß aufrecht erhalten bleiben und sollten die Resultate der heutigen Erörterung uns nicht befriedigen, so sind wir bereit, sofort nach Wiederzusammentreffen des Reichstages im Dezember, weitere Maßregeln zu veranlassen.

Abg. Fröhme: Es ist uns passirt, daß wenn wir auf einem Platze, wo auffällig eine Droschke hielt, und wir diese benutzten, die uns beaufsichtigenden Beamten, wie Schnellläufer neben dem Wagen herraunten. Als wir einen dieser Begleiter fragten, was er wollte, da leugnete er, Polizeibeamter zu sein und einen Auftrag zu haben; dann zog er höhnisch den Hut, und als sich in Folge der laut geführten Unterhaltung Leute ansammelten, rief er laut: das sind die Sozialdemokraten, die gehören auch zu der Bande, die auf unseren Reiter geschossen hat. Haben wir in einem Geschäft zu thun, so folgt uns bald einer der Vigilanten und theilt dem Inhaber mit: Neben Sie sich vor dem Auto, das ist ein ganz gefährlicher Sozialdemokrat. So wird jetzt „praktisches Christentum“ von den Beamten gelübt. Dem Abgeordneten Hasenclever ist es passirt, daß sich ein Beamter in der Einfahrt des Hauses, wo er wohnte, posierte und den herumwohnenden Leuten den Auftrag gab, doch recht genau darauf zu achten, wohin Hasenclever gehe und mit wem er verkehre. Noch öfter kommt irgend ein zweifelhafter Dienstmann und überbringt eine Bestellung, man solle nach irgend einem Lokale kommen, wo man von irgend einem Freunde erwartet werde; geht man hin, so ist natürlich kein Bekannter da, man findet nur einige Leute, die mit höhnischem Lächeln ihre Beobachtungen anstellen. Uebrigens theilen wir diese Art der Überwachung auch mit den polnischen und elsässischen Abgeordneten. An Herrn v. Bötticher's Neuerungen will ich nicht zweifeln; aber der Umstand, daß Herr v. Puttkamer heute nicht anwesend ist, scheint mir bedenklich; ich glaube, es beweist, daß diese Uebelstände ihm nicht unbekannt sind. Es kann uns nicht darauf ankommen, in eine Strafenprügelei verwickelet zu werden, aber wenn das Maß voll ist, so werden wir Mittel und Wege zu finden wissen, uns diese Kerle vom Leibe zu halten und der Polizei ihre Beleidungen zu verleidet.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgen Wahlprüfungen. In Bezug auf die Wahl des Abg. Hempe (Bromberg) beantragt die Kommission die Ungültigkeit, weil der Kommissar eine Anzahl von Zetteln für ungültig erklärt und statt des polnischen den konservativen Gegenkandidaten in die engere Wahl gestellt hat. Es entpuppt sich eine ziemlich lebhafte Debatte über die Frage, ob nicht jetzt noch die richtige Stimmabstimmung anzuordnen sei. Das Haus entscheidet sich für die Ungültigkeit der Wahl und dafür, daß der betreffende Wahlkommissar rektifiziert werden soll.

Darauf werden die Wahlen der Abg. Hanel und Lenzenmann anberaumt, die des Abg. Rickert für gültig erklärt und die vom Reichstag aus Anlaß der Wahlen der Abg. Porisch und v. Wedell-Malchow gemachten Vorbehalte durch die angestellten Ermittlungen für erledigt erachtet.

Im Anschluß hieran erklärt Abg. Dohrn von dem Präsidenten ermächtigt zu sein, einen Vorfall zur Sprache zu bringen, der Beachtung von Seiten des Hauses verdient. Ganz geheimnißvoll sind aus dem Arbeitszimmer die Wahlatten für die Stettiner und Danziger Wahl verschwunden und nach einiger Zeit ebenso geheimnißvoll wieder dorthin gelangt. Als er Weihnachten in die Ferien gereist, habe er zufällig erfahren, daß die Stettiner Regierung in Besitz des Materials der Stettiner Wahl sei. Noch bedauerlicher ist ein dritter Fall. Aus dem Abthelungszimmer V. sind die Hauptakten und Wahlproteste der Wahl des II. Danziger Wahlkreises verschwunden, noch ehe die Kommission in die Lage gekommen war, sich mit dieser Wahl zu befassen. Die Akten sind bis heute noch nicht wieder zurückgeschafft. Das Haus steht also hier vor dem schwierigeren Falle, daß es ein Mitglied in seiner Mitte habe, dessen Legitimation fehlt. Er bitte den Präsidenten Schritte zu thun, damit diese Vorgänge aufgeklärt werden.

Abg. Schröder (Lippstadt): In diesem Falle sei das betr. Mitglied doch nicht legitimationslos zu nennen. Man müßte sonst alle die für legitimationslos halten, deren Wahl noch nicht geprüft ist.

Abg. Minnigerode: Es wäre besser gewesen, wenn man durch eine vorhergehende Verständigung mit dem Präsidenten die Sache aufgeklärt hätte. So gibt es nur Veranlassung zu der Missdeutung, als ob agitatorische Zwecke mit der Behandlung dieser Angelegenheit verbunden werden sollten.

Abg. Dohrn verhält sich gegen die letzte Ausschaltung des Abg. v. Minnigerode. Er habe den Präsidenten von seiner Abficht unterrichtet und von ihm die Erlaubnis erhalten, die Angelegenheit in sachlicher Weise zur Sprache zu bringen.

Abg. Kleist-Reso beantragt die Vertagung der heutigen Sitzung und damit die Vertagung des Hauses überhaupt.

Präsident v. Leveson erklärt, daß er eigentlich beabsichtigt habe für morgen noch eine Sitzung anzuveraumen. Er werde jetzt über den Antrag Kleist abstimmen lassen.

Abg. Winterer bittet das Haus noch seinen Antrag zu erledigen. Derselbe ist dringend, weil Anfang Dezember der Landesausschuss zusammentritt und der Reichstag bis dahin nicht in der Lage sein wird, diesen Antrag noch zu erledigen.

Abg. Althorn bittet von der Beratung des Antrags abzusehen, da derselbe ein Gesetzentwurf ist, der eine zweite und dritte Lesung zu verlangen hätte.

Abg. Sonnenmann bittet den Antrag zu berathen. Derselbe sei schon zu Beginn der Session eingebracht und werde nicht viel Zeit in Anspruch nehmen.

Der Präsident schreitet zur Abstimmung; die Vertagung der Sitzung wird abgelehnt. Es kommt also noch der Antrag der elsässischen Abga. Germain, Goldenberg und Genossen zur Verhandlung. Derselbe lautet: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt: Der § 2 des Gesetzes vom 23. Mai 1881, betreffend die Offenheit der Verhandlungen und die Geschäftssprache des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen, wird in nachstehender Weise abgeändert: „Mitgliedern des Landesausschusses, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ist das Vorlesen schriftlich ausgezehrter Reden gestattet. Die letzteren müssen in deutscher Sprache abgefaßt sein. Ausnahmsweise darf der Präsident solchen Mitgliedern, welche der deutschen Sprache notorisch vollkommen unfundig sind, den Gebrauch der französischen Sprache gestatten.“

Abg. Winterer: Das Gesetz vom 23. Mai 1881 bedürfe dringend der Änderung. Wie kann man verlängern, daß Leute deutsch reden, die diese Sprache weder lesen, noch schreiben können. Der Reichstag hat selbst verurtheilt, was durch dieses Gesetz geschaffen ist. Als 1879 in der Tarifkommission ein Mitglied aus Lothringen eine Rede vorlas, entsetzte sich der größte Theil der Zuhörer, weil sie nichts verstehen konnten. Man weist auf andere Motive hin. Aber heute ist doch nichts von dem demonstrativen Geiste zu merken, von dem man früher reden hörte. Sie haben uns den Landesausschuss gegeben. Soll derselbe wirklich dem Lande Dienste erweisen, so geben Sie uns auch jetzt den fakultativen Gebrauch der französischen Sprache wieder. Sie machen sonst auch die ganze Wahlfreiheit illusorisch, die uns zugesichert ist. Es ist eine Frage der Billigkeit und Gerechtigkeit, um die es sich hier handelt. Die amtlichen Organe ercheiden in deutscher und französischer Sprache; die Gerichte lassen den Gebrauch der französischen Sprache zu. Verlagen Sie darum auch diesem Antrag nicht Ihre Zustimmung.

Minister v. Bötticher: Die verbündeten Regierungen werden

zu diesem Antrage erst dann Stellung nehmen, wenn derselbe zum Schluss des Hauses erhoben wird. Ich halte mich aber doch verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, daß erhebliche Bedenken gegen eine Änderung des Gesetzes vom 23. Mai 1881 vorliegen. Das Gesetz ist tatsächlich noch gar nicht in Wirklichkeit getreten, da seit der Zeit seiner Geltung der Landesausschuss von Elsaß-Lothringen noch gar nicht bejammert war. Wir haben also noch gar keine Erfahrungen darüber, in welcher Weise das Gesetz wirken wird. Uebrigens war die Frage nach Änderung desselben bereits Gegenstand der Berathung des Landesausschusses, welcher an die Regierung von Elsaß-Lothringen die Bitte gerichtet hat, daß den Abgeordneten gestattet werden möge, in französischer Sprache zu diskutiren. Die Regierung hat hierzu eine sehr bestimmte Stellung genommen, indem sie es als ihre Überzeugung aussprach, es sei unmöglich, dieser Bitte stattzugeben. Es ist daher nicht zu erwarten, daß dieser Überzeugung gegenüber die verbündeten Regierungen in eine Änderung des Gesetzes willigen werden.

Abg. Stauffenberg: Wenn Sie den Zustand in Elsaß-Lothringen, der noch längere Zeit vorherrschen dürfte, erwähnen, so müssen Sie zu der Überzeugung kommen, daß es gar nicht notwendig ist, auf die mit dem zitierten Gesetzes zu machenden Erfahrungen zu warten. Die Gerichtsverhandlungen werden in französischer Sprache geführt, auch die Schule ist französisch, es giebt, wie schon ein Vorredner bemerkte, einen starken Bruchteil der dortigen Bevölkerung, der nur der französischen Sprache mächtig ist — ist es da nicht billig, daß man den Abgeordneten gestattet, im Landesausschuss französisch zu sprechen, um den Wählern zu ermöglichen, Männer ihres Vertrauens zu wählen, selbst wenn diese der deutschen Sprache nicht mächtig sind? Ein Missbrauch ist wohl unter keinen Umständen zu befürchten. Ich bitte Sie, dem Antrag zugestimmt.

Die Abg. Windhorst und Sonnenmann erklären sich für den Antrag. Der Letztere weist darauf hin, daß durch die Annahme desselben die sachlichen Verhandlungen des Landesausschusses, wie das Beispiel der Schweiz zeige, nicht erschwert würden, dagegen zur Versöhnung der Gemüter beitragen würden.

Abg. Petersen erklärt sich gegen den Antrag. Auch er möchte die Härten beiseitigen, die darin liegen, daß nicht sämtliche Mitglieder zum Worte kommen könnten, fürchtet aber, daß die Fassung des Antrages zu Missbraüchen führen könnte. Es müßte wenigstens heißen, daß diejenigen Mitglieder sich der französischen Sprache bedienen könnten, welche die deutsche Sprache nicht verstehen, statt wie es im Antrage heißt „sprechen“. Es könnte sonst leicht vorkommen, daß auch diejenigen französischen Reden halten wollen, welche der deutschen Sprache mächtig sind, in ihr aber keine Reden halten können. Außerdem würden sich schon in Lothringen deutsche Abgeordnete genug finden für den deutschen Landesausschuss, ebenso für den deutschen Reichstag.

Abg. Minnigerode bestätigt dies auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen in den Reichslanden.

Damit schließt die erste Lesung; in zweiter Lesung genehmigt das Haus den Antrag; für denselben stimmen das Zentrum mit den zu ihm gehörenden Gruppen, die Fortschritts- und Volkspartei, die Sozialdemokraten und ein Theil der Sezessionisten.

Darauf wird die Vertagung angenommen.

Staatssekretär v. Bötticher verliest folgende Allerhöchste Verordnung: „Wir Wilhelm II. verordnen auf Grund der Artikel 12 und 26 der Verfassung mit Zustimmung des Reichstages im Namen des Reichs was folgt: § 1. Der Reichstag wird vom 19. Juni bis 30. November d. J. vertagt. § 2. Unser Reichskanzler wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Urfundlich 2c. Gegeben Berlin, 16. Juni 1882. Ge. Wilhelm. Gegengez. v. Bismarck.“

Präsident v. Leveson schlägt vor, morgen noch eine Sitzung zu halten und auf deren Tagesordnung den Rest der heutigen Tagesordnung zu legen, außerdem die Interpellation Lasser.

Abg. Sonnenmann will auch die dritte Lesung des eben angenommenen Antrages der Elsaß-Lothringen auf die morgende Tagesordnung legen. Abg. v. Minnigerode widerspricht diesem Vortrage.

Das Haus beschließt nun zunächst, morgen noch eine Sitzung zu halten.

Die Abg. Lenzenmann, Hirsch und Wölfel bitten, die von ihnen gestellten Anträge von der morgigen Tagesordnung abzufehen.

Unter großer Heiterkeit konstatiert darauf der Präsident, daß im Hause doch wohl keine Neigung existire, morgen noch eine Sitzung zu halten. Auf seine Anfrage meldet sich Niemand, der diesen Wunsch hätte. Darauf erbittet und erhält der Präsident die Vollmacht, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung anberaumen zu dürfen. Schluß 5 Uhr.

## Locales und Provinzielles.

Posen, den 17. Juni.

t. Fräul. Emma Granau, jugendliche Sängerin vom Löbetheater in Breslau, ist von Herrn Direktor Scherenberg für den Rest der Sommersaison gewonnen worden. Die junge Dame — ist seit zwei Jahren in Breslau engagirt und wird zum 1. September dorthin zurückkehren, wo sie mit ihrer hübschen Stimme, einem klugen Mezzosopran, und dem Reiz ihrer angenehmen Persönlichkeit längst die Herzen des Publikums gewonnen hat. Bisher wird sie hier als Huberta in Moser's „Reife-Reislinge“ auftreten, als welche Fr. Granau in Breslau sehr gefallen hat, obwohl in dieser Rolle die Sängerin gegen die Schauspielerin sehr zu kurz kommt. Das eigentliche Gebiet unseres breslauer Gastes ist die Operette, und Herr Direktor Scherenberg ist, wie wir hören, mit der Vorbereitung einiger Stücke dieses Genres schon eifrig beschäftigt.

Einrichtung einer Telegraphen-Betriebsstelle. In Borzykowo ist am 15. d. Mts. eine mit der Kaiserlichen Orts-Postanstalt vereinigte Telegraphen-Betriebsstelle mit beschränktem Tagesdienst eröffnet worden.

□ Fraustadt, 15. Juni. [Präparandenanstalt. Klosterkirche.] Die Präparandenanstalt in dem nahen Oberpriftsdorf erfreut sich immer größerer Frequenz. Vor vier Jahren mit 8 Böglingen eröffnet, zählt sie gegenwärtig deren 38, von denen 17 auf den Kreis Fraustadt, 12 auf die benachbarten schlesischen Kreise entfallen, die übrigen gehören zum The

die letzten Vorräthe, welche schlecht waren, nur vorjährige Preise erzielt.

**Leipzig.** 16. Juni. Die Zufuhren betragen 1368 Ztr. Die Preise stellen sich 6—10 M. höher als im Vorjahr. Der Verlauf des Marktes scheint flott zu werden.

**Leipzig.** 16. Juni. Die gesammte Zufuhr war bis Nachmittags geräumt. Preise stellten sich schließlich bis 12 M. höher als im vergangenen Jahre. Wäschchen im Allgemeinen besser als die vorjährigen.

## Telegraphische Nachrichten.

**Niels.** 16. Juni. Mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers hat Se. kgl. Hoheit der Prinz Heinrich das Ehrenpräsidium des deutschen Samaritervereins übernommen.

**Kassel.** 16. Juni. Se. kgl. Hoheit Prinz Karl hat die Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ruhig und fast ununterbrochen geschlafen und am Morgen den Kaffee mit Appetit genossen. Gestern Vormittag hatte der Prinz eine Unterredung mit der Prinzessin Luise.

**Koblenz.** 16. Juni. Bei der am 12. d. M. stattgehabten Reichstags-Nachwahl des dritten Wahlkreises Koblenz-St. Goar erhielt von 10,297 abgegebenen Stimmen Professor Dr. Freiherr von Hertling in München (Centrum) 9714, der Gegenkandidat Eugen Richter (Fortschr.) 339 Stimmen.

**London.** 15. Juni. [Unterhauß.] Auf eine Anfrage des Deputirten Worms erwiederte Dilke, die von England vorgeschlagene Konvention zwischen Italien, Egypten und der Türkei betrifft der Asbab-Bai sei nicht zu Stande gekommen. Gladstone beantragt, der Bill betreffend die Bachtückstände in Irland, wenn dieselbe für morgen auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, vor allen anderen Gegenständen, ausgenommen die Zwangsbill, die Priorität zu geben. Das Haus setzte darauf die Spezialberathung der irischen Zwangsbill bei Artikel 7 fort.

**London.** 16. Juni. [Unterhauß.] Unterstaatssekretär Dilke theilt mit, die aus Alexandrien eingegangenen Nachrichten lauteten beruhigend, neue Unruhen seien nicht ausgebrochen und würden auch nicht mehr befürchtet. Gladstone erklärt, er wisse nichts davon, daß türkische Truppen nach Egypten unterwegs wären.

**Petersburg.** 16. Juni. Der Anzeiger des Finanzministeriums theilt mit, daß die Staatsentkünfte nunmehr allmonatlich veröffentlicht werden sollen. Die Einkünfte vom 1. Januar bis 1. April d. J. betragen 152,272,700 Rubel oder 6,742,322 Rubel mehr als in demselben Zeitraum 1881.

**Petersburg.** 16. Juni. Der Minister des Innern hat auf Grund der Entschließung des Conseils für die Presseverwaltung die Suspendierung der Zeitung "Minuta" wegen Übertreibung zweier neuer, auf die Presse bezüglichen Befehle gestern auf 3 Monate angeordnet.

**Alexandrien.** 16. Juni. Die Situation ist hier unverändert. Zwei französische Transportdampfer und zwei Messageriedampfer sind nach Alexandrien unterwegs, um die französischen Auswanderer aufzunehmen.

Aus Kairo wird gemeldet, eine große Anzahl Europäer ist abgereist. Die Kaffees, die Läden und Banken sind geschlossen. Die Polizei verhaftete gestern einen gewissen Mahmud, einen früheren Mamelucken des verstorbenen Khedive Abbas, welcher alarmirende Gerichte verbreitete und die Fremden dadurch zur Flucht veranlassen wollte. Das Telegraphenamt ist zeitweise geschlossen und wird bekannt gegeben, daß Telegramme nur auf Gefahr des Aufgebers befördert werden.

**New-York.** 16. Juni. Das Journal "Panama-Star" veröffentlicht ein Telegramm aus Valparaiso, wonach die chilenische Regierung dem Parlamente einen Gesetzentwurf vorlegen werde, worin erklärt wird, daß da die Distrikte von Tarapaca und Tacna mit der Stadt Arica einen Theil des chilenischen Gebiets ausmachten, die chilenischen Truppen demnächst die nördliche Küste räumen und um Lima konzentriert werden sollen.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Wetterbericht vom 16. Juni, 8 Uhr Morgens.

Dort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduz. in mm.	Wind b.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
Mullaghmore	765	N	3 bedeckt	10
Overdeen	765	NNW	5 halb bed. <sup>1)</sup>	10
Christiansund	758	N	3 wolfig	9
Kopenhagen	751	NO	2 bedeckt	11
Stockholm	753	NO	4 bedeckt	10
Vaparanda	753	NO	2 bedeckt	10
Petersburg	748	NO	1 bedeckt	11
Königsburg	—	—	—	—
Cort, Queenst.	769	DSO	1 heiter <sup>2)</sup>	13
Brest	768	NO	1 halb bed. <sup>3)</sup>	12
Helder	762	NNW	4 wolfig	10
Salt	754	NNW	5 bedeckt	11
Hamburg	755	N	5 Regen <sup>4)</sup>	10
Swinemünde	750	NNW	3 Regen	11
Neufahrwasser	749	NO	Regen	13
Memel	749	NNW	2 bedeckt <sup>5)</sup>	12
Paris	766	ONO	1 wolkenlos	12
Münster	761	W	6 bedeckt <sup>6)</sup>	8
Karlsruhe	765	W	3 halb bedeckt	12
Wiesbaden	763	NW	3 bedeckt <sup>7)</sup>	11
München	764	NW	2 bedeckt	9
Leipzig	758	W	6 wolfig <sup>8)</sup>	10
Berlin	754	W	5 Regen	11
Wien	760	W	4 wolkenlos	12
Breslau	756	W	4 Regen <sup>9)</sup>	7
Neu d'Air	766	NO	4 wolkenlos	18
Rizza	759	S	2 bedeckt	16
Triest	759	still	wolfig	21

<sup>1)</sup> Seegang. <sup>2)</sup> Seegang leicht. <sup>3)</sup> Seegang leicht. <sup>4)</sup> Gestern und Nachts stürmische Regenböen. <sup>5)</sup> Nachts Regen. <sup>6)</sup> Regnerisch und böig. <sup>7)</sup> Vormittags stürmische Westböen. <sup>8)</sup> Häufige Regenböen. <sup>9)</sup> Nachmittags Regen.

Skala für die Windstärke:  
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

## Übersicht der Witterung.

Die gestern über Südtirol lagernde Depression hat sich mit etwas abnehmender Tiefe ostwärts fortbewegt und liegt jetzt über Kurland. Unter dem Einflusse derselben wehen die Winde bei meist trübem Wetter in nordwestlichen Deutschland ziemlich stark, während über Westeuropa bei abflauenden Winden vielfach Aufklaren eingetreten ist. Die Temperatur ist mit Ausnahme des Nord- und Ostseegebietes und Osteuropas noch gesunken. In Swinemünde und Thorn wurden gestern Nachmittag Gewitter beobachtet.

Deutsche Seewarte.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 82 m Seehöhe	Wind b.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
16. Nachr. 2	747,9	SW lebhaft	bedeckt <sup>1)</sup>	+11,7
16. Abends 10	750,1	W mäßig	bedeckt	+ 9,3
17. Morgs. 6	753,3	NW mäßig	trübe	+ 9,3

<sup>1)</sup> Regenhöhe: 4,3 mm.

Am 16. Wärme-Maximum +12°7 Cels.

= Wärme-Minimum + 8°9 =

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 16. Juni Borgens 0,48 Meter.  
— 16. Mittags 0,48 =  
— 17. Morgens 0,54 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M.**, 16. Juni. (Schluß-Course.) Relativ ziemlich fest.

Lond. Wechsel 20,45. Pariser do. 81,27. Wiener do. 170,00. R.-W. St.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 104,8. R.-W. Pr. Anth. 127,8. Reichsbani. 101,2. Reichsbank 149,8. Darmdb. 159,8. Meiningen 8,84. West.-ung. Bl. 700,50. Kreditaktien 274,8. Silberrente 65,8. Papierrente 44,8. Goldrente 80,8. Ung. Goldrente 75,8. 1860er Loose 122,8. 1864er 202,8. Ung. Staats. 226,00. do. Ostb.-Obl. II. 94. Böhm. Westbahn 271,8. Elisabethb. — Nordwestbahn 175,8. Galizier 270. Franzosen 278,8. Lombarden 121,8. Italiener 89,8. 1877er Russen 85,8. 1880er Russen 69,8. II. Orientali. 56. Zentr. Pacific 113,8. Diskonto-Kommandit — III. Orientali. 57,8. Wiener Bankverein 98,8. ungarische Papierrente — Buschtherader — Oberpfälzer — öster. Papierrente 78,8. Duz-Bodenbacher — Nationalbank für Deutschland — Egypter 65,8. Schweizer Centralbahn — Russische Pfandbriefe —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 274,8. Franzosen 278,8. Galizier 269,8. Lombarden 121,8. II. Orientali. — III. Orientali. — öster. Goldrente — Egypter —.

**Frankfurt a. M.**, 15. Juni. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 275,8. Franzosen — Lombarden — Galizier 270,8. österreich. Goldrente — ungarische Goldrente — II. Orientaleleihe — österreich. Goldrente — Egypter 66,8. III. Orientali. — 1860er Russen — Wiener Bankverein — 1860er Loose — Diskonto-Kommandit Mater.

**Wien**, 16. Juni. Ungarische Kreditaktien 316,00. österreichische Kreditaktien 322,80. Franzosen 328,00. Lombarden 143,60. Galizier 317,25. Anglo-Austr. — öster. Papierrente 76,60. do. Goldrente 94,50. Marknoten 58,85. Napoleon 9,60,8. Bankverein 151,75. Elbtal 224,00. ungar. Papierrente 86,20. 4prozent. ungar. Goldrente 88,20. 6prozentige ungarische Goldrente — Nordwestbahn 205,75. Ruhig.

**Wien**, 16. Juni. (Schluß-Course.) Trock matter, von auswärts gemeldeter Course fest. Schrankenwerthe theilweise steigend.

Papierrente 76,60. Silberrente 77,30. Österreich. Goldrente 94,50. 6-prozent. ungar. Goldrente 119,85. 4-prozent. ung. Goldrente 88,17,8. 5-prozent. ung. Papierrente 86,20. 1854er Loose 119,70. 1860er Loose 130,00. 1864er Loose 171,00. Kreditloose 176,00. Ungar. Prämienl. 118,50. Kreditaktien 322,70. Franzosen 327,50. Lombarden 143,25. Galizier 317,00. Kasch.-Ober. 149,00. Pardubitzer 155,20. Nordwestbahn 206,25. Elisabethbahn 210,00. Nordbahn 279,00. Österreich. ungar. Bank — Türk. Loose — Unionbank 124,20. Anglo-Austr. 124,80. Wiener Bankverein 115,50. Ungar. Kredit 315,50. Deutsche Plätze 58,82. Londoner Wechsel 120,30. Pariser do. 47,82. Amsterdamer do. 99,50. Napoleon 9,59,8. Dukaten 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,82. Russische Banknoten 1,20,8. Lemberg-Ezernowitz —. Kronpr.-Rudolf 168,50. Franz-Josef —. Durch-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Buschtherader Bahn 188,50. Tramway 227,25.

4prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —. Elbtal 224,75. 5prozent. öster. Papierrente 92,30. ungar. Goldrente —. Buschtherader B. —. Ung. Bräml. —. Estkompte —.

**Paris**, 16. Juni. (Schluß-Course.) Weichend.

3prozent. amortis. Rente 82,20. 3prozent. Rente 81,30. Anleihe de 1872 114,85. Italien. 5prozent. Rente 90,25. Österreich. Goldrente 79,8. 6prozent. ungar. Goldrente 103,00. 4prozent. ungar. Goldrente 5,9. 5prozent. Russen de 1877 87,8. Franzosen 69,125. Lomb. Eisenbahn-Aktien 305,00. Lomb. Prioritäten 289,00. Türk. de 1865 12,30. Türk. Loose 55,75. III. Orientaleleihe —.

Credit mobilier 540,00. Spanier exter. 28,44. do. inter. —. Suez-Kanal-Aktien 2545,00. Banque ottomane 782,00. Union gen. —. Credit foncier 150,00. Egypter 320,00. Banque de Paris 1177,00. Banque d'escompte 572,00. Banque hypothécaire —. Londoner Wechsel 25,16. 5prozent. Rumänische Anleihe —.

**Paris**, 15. Juni. Boulevarde-Berfehr. 3prozent. Rente 82,57,8. Anleihe von 1872 115,02,8. Italiener 90,57,8. österreich. Goldrente —. Türk. de 1873 87,8. 5prozent. Türk. Loose 12,8. 3prozent. fundierte Amerik. 102,8. Öster. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 74,8. Österreich. Goldrente —. Spanier 28,8. Egypter 64,4. 4prozent. preuß. Consols —. 4prozent. bar. Anleihe —. Schwach.

Wechselnotrungen: Deutsche Plätze 20,64. Wien 12,14. Paris 25,40. Petersburg 23,8. Pfadiscont 2,8 prozent. Silber —.

In die Bank flossen heute 230,000 Pfds. Sterl.

**Petersburg**, 15. Juni. Wechsel auf London 24,44. II. Orient. Anleihe 89,8. III. Orientaleleihe 89,8.

**New York**, 15. Juni. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 29,4. Wechsel auf London 4,86,8. Cable Transfers 4,89,8. Wechsel auf Paris 5,15,8. 3prozent. fundierte Anleihe 101,8. 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 120,8. Erie-Bahn 35,8. Zentral-Pacific 117. New York Centralbahn 128,8 egl. Chicago-Eisenbahn 142 egl.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 2, für andere Sicherheiten ebenfalls 2 Prozent.

## Produkten-Kurse.

**Köln**, 16. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loko 24,50. fremder

## Produkten-Börse.

Berlin, 16. Juni. Wind: NW. Wetter: Regnerisch.  
Unter dem Einfluß der anhaltend nassen und kühlenden Witterung befandet der heutige Markt für die meisten Artikel feste Haltung, ohne daß es zu lebhaftem Handel kam.  
Lofo-Wizen fest. Termine sehten mit reger Kauflust fest und theilweise höher ein, aber das Angebot erlangte im weiteren Verlaufe die Oberhand, weshalb alle Sichten einem Rückgang von 1 M. unterworfen waren. Schließlich hatte sich die Stimmung wieder befestigt.  
Von den Kündigungen scheint ein Theil Abnahmen gefunden zu haben.  
Lofo-Rogggen knapp offerirt, war gut beachtet und mußte theurer bezahlt werden. Im Terminhandel ging es nicht sehr lebhaft her, aber die Stimmung war ausgesprochen fest, weil das anhaltend regnerische und wenig angenehme Wetter Abgeber zurückhaltend machte. Es schlossen alle Sichten etwas höher als gestern in fester Haltung.  
Lofo-Hafer wenig verändert. Termine gut behauptet.

Rogggen m e h l fester.

Mais still.

In Rübböll kamen nur unbedeutende Umsätze zu behaupteten Preisen vor.

Petroleum matt und still.

Spiritus segte fest ein, konnte aber eine unbedeutende Besserung im Laufe eines wenig lebhaften Handels nicht behaupten und schloß fast ganz wie gestern.

Weizen per 1000 Kilo loko 198—228 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmild. — bezahlt, defekter Polnischer — M. ab Bahn bez., per Juni 206½—205½—206 bez., per Juni-Juli 206½—205½—206 bez., per Juli-August 203½—203 M. bezahlt, per August—September—M. bez., per September-Oktober 202—201—201 bezahlt, Oktober-November 201—200½ M. bezahlt. — Gefündigt 79,000 Entner.

Berlin, 18. Juni. Zu den gestern an dieser Stelle erwähnten Umständen, die einen ungünstigen Einfluß auf die Entwicklung des Geschäfts zu üben geeignet waren, trat heute noch als besonderes Moment die immer trüber werdenden Witterungs-Verhältnisse. Auf schlechtes Wetter reagiert die Börse stets und es müssen sich die anderweitigen Verhältnisse schon sehr günstig gestalten, wenn die Börse bei einer so anhaltenden Reihe von unfreundlichen Tagen, wie wir sie gerade jetzt in einer für die Vegetation höchst gefährlichen Zeit zu verzeichnen haben, ihre gute Stimmung beibehalten soll. Die Spekulation hat die ausgezeichneten Ernteaussichten, wie sie sich bisher boten, allzu reichlich esklompt, wenn sie nun auch in dieser Beziehung hinter sich

## Honds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 16. Juni 1882.

Braunische Honds- und Geld-

Corse.

Preuß. Cons. Anl.

do. neue 1876

Staats-Anleihe

Staats-Schuldch.

Ob.-Deichh.-Obi.

Beil. Stadt-Obi.

do. do.

Schlo. d. B. Kfm.

V f a n d b r i e f e :

Berliner

do.

Brandt. Central

Tur. u. Neumärk.

do. neue

do. neue

Z. Brandtg. Kreis.

Westpreuß. Kreis.

Westpr. ritterls.

do.

L. B.

do. II. Serie

Neuldsch. II. Serie

do. do.

102,00 G

101,75 G

101,00 B

101,30 G

101,00 B

102,30 G

101,00 B

102,00 G

100,75 G

</